



Sitzungsperiode 2017-2018  
Sitzung des Ausschusses IV vom 6. Dezember 2017

---

### **INTERPELLATION\***

#### **Interpellation von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Herrn Minister ANTONIADIS zur Übertragung der Zuständigkeit für den Wohnungsbau von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft**

Im Februar diesen Jahres hat Kollegin Evelyn Jadin Sie zur Übertragung der Zuständigkeit für den Wohnungsbau von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft interpelliert. Damals antworteten Sie, dass man sich noch nicht über den Perimeter der zu übertragenden Zuständigkeiten geeinigt habe. Während die DG-Regierung die Übertragung des gesamten Paketes „Wohnungsbau“ fordert, d. h. sowohl den öffentlich geförderten Wohnungsbau als auch den privaten, wollte die Regierung der Wallonischen Region nur über Teilpakete dieser Zuständigkeiten verhandeln. Sie zeigten sich zuversichtlich, eine Einigung über den Verhandlungsgegenstand, den sogenannten Perimeter, bis Ende 2017 vorweisen zu können. Eine Einigung zur Übertragung an sich wollten Sie noch vor Ende der Legislaturperiode, also Anfang 2019, erreichen. Aus Ihren Aussagen war ferner deutlich zu hören, dass die DG-internen Überlegungen zur zukünftigen Struktur des öffentlichen Wohnungsbaus fortschreiten. Sie sagten u. a., dass Ihre Priorität die Entwicklung des Wohnungswesens im (Zitat) „eigenen Territorium“ sei, dass aber eine Zusammenarbeit mit angrenzenden Gemeinden denkbar sei, insofern das gesetzlich möglich sei und die eigene Priorität dabei keinen Schaden nehme. Sie sagten auch, dass Sie die 9 Gemeinden und die relevanten Akteure des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in die weiteren Überlegungen einbeziehen wollen.

In der Zwischenzeit scheinen die konkreten Vorbereitungen für die Übertragung der Zuständigkeit fortgeschritten zu sein.

Am 10. November bestimmte die Regierung der DG die Mitglieder einer Steuergruppe und bezeichnete drei Arbeitsgruppen: Wohnungswesen, Raumordnung und Energie.

Der Arbeitsgruppe Wohnungswesen sollen ihr Berater für das Wohnungswesen, der Generalsekretär des Ministeriums der DG und der Referent für das Wohnungswesen des Ministeriums der DG angehören.

---

\* Die nachfolgend veröffentlichte Interpellation entspricht der von Herrn Mockel hinterlegten Originalfassung.

Am vergangenen 23. November traf sich die Regierung der DG mit dem wallonischen Ministerpräsidenten Borsus. In der Presse wurde der Beschluss vom 10. November im Rahmen des Besuchs nochmal öffentlich gemacht.

Vor diesem Hintergrund stelle ich Ihnen heute folgende Fragen.

- Worüber genau haben Sie zwischenzeitlich mit der neuen wallonischen MR-CdH-Regierung eine Einigung erreicht?
- Inwieweit haben Sie seit Februar die relevanten Partner, d. h. die Gemeinden in ihrer Eigenschaft als Träger von Nosbau und dem Öffentlichen Wohnungsbau im Süden der DG, die sozialen Immobilienagenturen "Wohnraum für alle" und "Trilandum" in Ihre Überlegungen einbezogen? Wie ist deren Sicht auf die aktuelle Planung? Haben Sie von diesen Einrichtungen Stellungnahmen zur künftigen Struktur der Gesellschaften des sozialen Wohnungsbaus erhalten? Wie fallen diese Stellungnahmen aus?
- Gibt es eine juristische Studie zur Frage der Machbarkeit einer gemeinsamen Trägerstruktur von frankophonen und deutschsprachigen Gemeinden im sozialen Wohnungsbau nach dessen Übertragung an die DG? Falls ja, wer ist der Auftraggeber dieser Studie? Zu welchen Schlussfolgerungen kommt diese Studie?
- Inwieweit werden die Mitglieder der Arbeitsgruppe auch bei den konkreten Planungen Rücksprache mit den Akteuren des Wohnungswesens in der DG (Nosbau, sozialer Wohnungsbau Eifel, Wohnraum für Alle, Trilandum) halten und diese an der Entscheidungsfindung beteiligen?

Vielen Dank für Ihre Antworten.